

Fürsorge für die Angestellten der Gemeinde Wien.

Ueber 38½ Millionen bisherige Gesamtkosten der Kriegsfürsorge der Gemeinde für ihre Angestellten.

Von den eingerückten Angestellten der Gemeinde Wien (soweit sie nicht Gagisten sind) erhalten die definitiv Angestellten den ganzen Gehalt, wenn sie verheiratet sind auch das ganze Quartiergeld, die provisorisch Angestellten, wenn sie verheiratet sind oder für Eltern zu sorgen haben, den halben Lohn und den ganzen Mietzinsbeitrag, ledige je einen Monatslohn bei ihrer Einrückung und bei ihrer Rückkehr. Die Familien der Eingerückten mit halben Bezügen erhielten überdies als Weihnachtsgabe den vollen Monatsbezug. Die nicht Eingerückten erhalten Teuerungszulagen, die bereits zweimal erhöht wurden und seit Jänner 1917 für Ledige 240 bis 696 Kr. und für Verheiratete je nach der Höhe des Bezuges und Familienstandes 348 bis 1620 Kr. betragen. Bei mehr als vier Kindern wird noch darüber hinaus für jedes Kind eine besondere Zulage gegeben. Außerdem werden Gehaltsvorschüsse, deren Rückzahlung auf Kriegsdauer gestundet wird, und Geld-

aushilfen gewährt. Auch zu den Ruhebezügen wurden Teuerungszulagen von 120 bis 600 Kr. bewilligt. Den Eingerückten sind Dienstposten und Beförderung während des Krieges gewährt. Die im Kriegsdienst untauglich gewordenen Angestellten und die Hinterbliebenen von Gefallenen oder während der Kriegsdienstleistung Gestorbenen erhalten Versorgungsgenüsse, auch wenn sie noch nicht Pensionsanspruch hatten. Die Kosten der Angestelltenfürsorge ausschließlich der Kriegszulagen betragen bis 31. Dezember 1916 für die magistratischen Angestellten 6.200.000 Kr., für die Lehrpersonen und Schuldiener 7.550.000 Kr., für die Angestellten der städtischen Unternehmungen 14.947.700 Kr., insgesamt also seit Kriegsbeginn 28.697.700 Kr. An Kriegszulagen wurden seit 1. Mai 1915 bis 31. Dezember 1916 10.054.740 Kr. ausbezahlt. Die Gesamtkosten für die Kriegsfürsorgemaßnahmen zugunsten der Angestellten belaufen sich seit Kriegsbeginn auf 38.752.440 Kr.

Die Kosten der Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien für ihr zahlreiches Heer der Angestellten — 42.000 Mann, von denen 15.600 eingerückt sind — werden sich von nun an bedeutend erhöhen. Die einmalige Aushilfe und die Lohnerhöhung der Straßenbahner, wie sie in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen wurde, erfordern im ersten Jahre 8,3 Millionen, in den nächstfolgenden Jahren 5 Millionen. Hierzu kommen dann noch die Kosten der neuerlichen Zuwendungen für die Bediensteten der Gas- und Elektrizitätswerke und für die übrigen Angestellten der Gemeinde Wien, die der Gemeinderat demnächst bewilligen wird.